

Kraftwerk: Der Grund für die Verzögerung

Das Verfahren für eine neue Konzession für das Wasserkraftwerk Reckingen verzögert sich. Verantwortlich sind aber nicht Einsprachen.

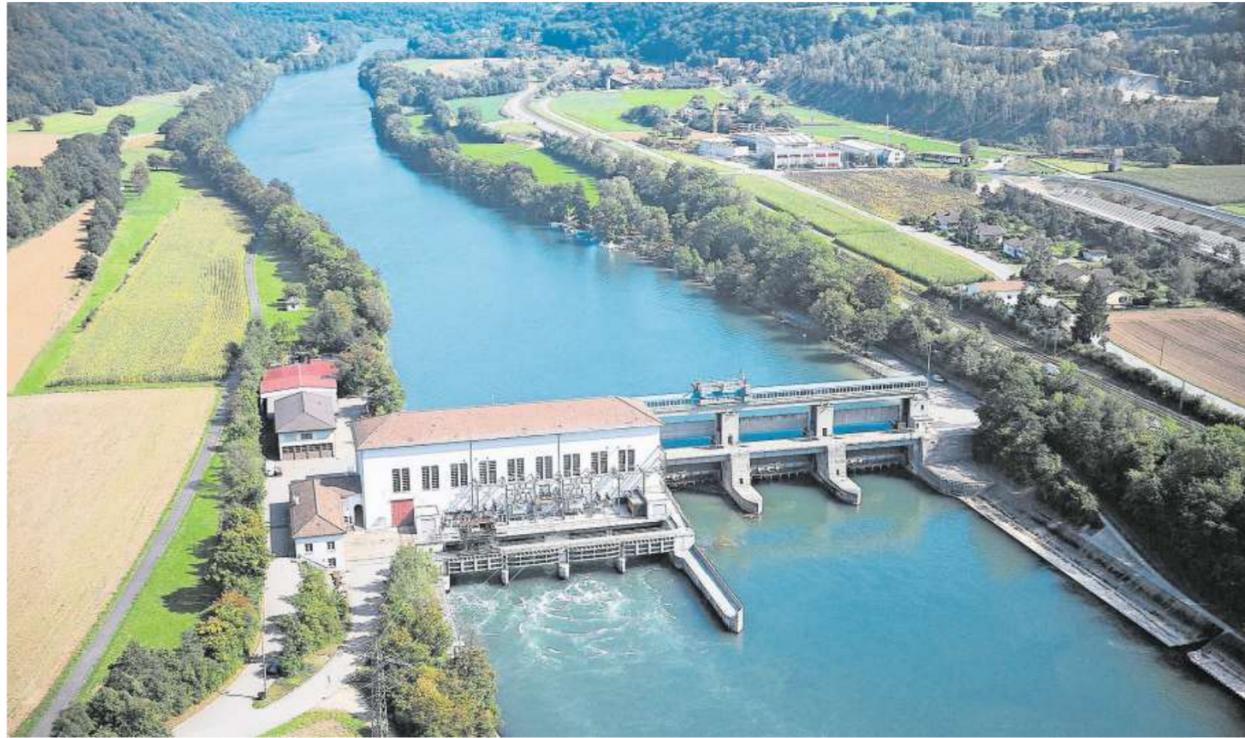
Stefanie Garcia Lainez

Seit über 80 Jahren ist das grenzüberschreitende Kraftwerk am Rhein bei Reckingen und Reckingen (D) in Betrieb. Ende 2018 reichte die Betreiberin, die Kraftwerk Reckingen AG (RKR), ein Gesuch für eine neue Konzession ein. Im Oktober 2020 lief die bisherige Konzession nach 60 Jahren aus. Doch eine neue hat die Betreiberin bisher nicht erhalten. Denn der Prozess verzögert sich.

Erst vergangene Woche berichtete die AZ, dass die Betreiberin um eine Verlängerung der bereits verfügbaren Duldung ersucht hat. Will heissen: Das Kraftwerk soll auch ohne gültige Konzession weiter Strom erzeugen können, bis eine neue in Kraft tritt. Dass die Frist erneut verlängert werden muss, liegt aber nicht an den Einsprachen.

Verzögerung liegt an der Komplexität des Verfahrens

Deren 17 gingen nach der Auflage des Gesuchs für die neue Konzession 2018 ein, sowohl von Umweltverbänden als auch von Gemeinden. So forderten Fisibach, Mellikon sowie Kaiserstuhl, Rümikon, Reckingen und Bad Zurzach, die per 2022 mit vier weiteren Gemeinden zu Zurzach fusionierten, von den Betreibern Umweltmassnahmen zugunsten der Bevölkerung. Dabei geht es um die Instandhaltung des Rheinuferwegs sowie die Nutzung der Rheinlandschaft für Erlebnis und Erholung. Die Betreibergesellschaft soll bei der Konzessionserneuerung verpflichtet werden, konkrete Leistungen zu erbringen, die diesen Zielsetzungen dienen.



Das Rheinkraftwerk bei Reckingen auf deutscher und Reckingen auf Schweizer Seite ist seit über 80 Jahren in Betrieb.

Bild: zvg

«Wir gehen heute davon aus, dass die neue Konzession 2024 erteilt werden könnte.»

AEW und Axpo Energieunternehmen

Zu den Einwendungen schreiben die Ammänner von Mellikon und Zurzach auf Anfrage: «Seitens der Gemeinde bestehen aktuell keine offenen Fragen und Anliegen, die einer Kontaktaufnahme durch die involvierten Parteien bedürfen.»

Vielmehr sei die Verzögerung der Komplexität des Verfahrens geschuldet, «da deutsche und Schweizer Behörden involviert sind», schreiben die beiden Energieunternehmen AEW Energie AG und Axpo. Den beiden schweizerischen Eigentümern gehören zusammen 50 Prozent des Kraftwerkes. Deutscher Anteilseigner ist

die Energie Baden-Württemberg AG. Der Strom steht je zur Hälfte den beiden Ländern zur Verfügung. Mit einem jährlichen Produktionsvermögen von rund 250 Gigawattstunden versorgt das Kraftwerk etwa 60 000 Vier-Personen-Haushalte mit Strom.

Hinzu komme, schreiben AEW und Axpo weiter, dass auf der Schweizer Seite bei der Neukonzessionierung neben dem Bund, der die Konzession spreche, auch die beiden Kantone Zürich und Aargau mitreden würden. Auf Bundesebene sind die beiden Bundesämter Energie und Umwelt involviert. Der

Kanton Zürich ist beteiligt, da sich das Konzessionsgebiet auch über die Kantongrenze hinweg erstreckt.

Lange Verfahren nicht unüblich

Die Komplexität des Verfahrens bestätigt der Bund. «Ein hohes Mass an Abstimmungsbedarf ergibt sich insbesondere aufgrund des internationalen Elements», schreibt Fabien Lüthi, Fachspezialist Medien und Politik beim Bundesamt für Energie. Die Verleihung der Konzession könne nur im Einvernehmen mit dem Land Baden-Württemberg erteilt werden. Konkrete Themen,

die zur Verzögerung führten, könne er aufgrund des laufenden Verfahrens nicht nennen.

Fabien Lüthi ergänzt aber, dass es nicht unüblich sei, dass Konzessionsverfahren bei internationalen Kraftwerken wie jenem in Reckingen lange dauern können. Auch, weil es Unterschiede in den Gesetzen der Staaten gibt.

So braucht es für den Weiterbetrieb des Kraftwerks sowohl eine neue Schweizer Konzession als auch eine inhaltlich übereinstimmende deutsche wasserrechtliche Bewilligung. Dies ergibt sich aus staatsvertraglichen Regelungen aus den Jahren 1879 und 1929.

Aufgrund der Verzögerung wird das Kraftwerk bis zum Inkrafttreten der neuen Konzession im rechtlichen Zustand der Duldung betrieben. «Wir erwarten, dass eine Verlängerung der Duldung aufgrund des bereits weit fortgeschrittenen Verfahrens unproblematisch ist», schreiben AEW und Axpo dazu. Zuversichtlich sind die beiden Energieunternehmen auch, was die Zukunft betrifft: «Wir gehen heute davon aus, dass die neue Konzession 2024 erteilt werden könnte.»

Das Kraftwerk Reckingen wurde zwischen 1938 und 1941 erbaut, obwohl die Konzessionen schon 1928 erteilt worden waren. Eine Sprengung durch die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg konnte knapp verhindert werden. Von der Inbetriebnahme 1941 bis zur Stilllegung der Produktion in Waldshut im Jahr 1993 unterhielt das Schweizer Chemie- und Pharmaunternehmen Lonza das Werk. Seither betreiben die heutigen Anteilseigner das Kraftwerk.

Stadtrat erteilt Bewilligung für Kiesabbau

Bald starten die Arbeiten für die Erschliessung des Klingnauer Abbaugbietes Hard-Härdli.

Acht Jahre ist es her, als die Ortsbürgergemeinde Klingnau Ja sagte zum Vertrag für den Kiesabbau im Hard-Härdli. Nun kann die Döttinger Birchmeier Kies + Beton AG loslegen: Der Stadtrat hat vor kurzem die Bewilligung eines Teils der Phase 1 mit drei Etappen für den Kiesabbau erteilt, wie es in einer Mitteilung heisst.

Aus Rücksicht auf die anstehende Brut- und Setzzeit seien die ersten Vorarbeiten für den Bau der Erschliessungsstrasse und den Hochwasserschutz bereits ausgeführt worden, schreibt die Birchmeier Kies + Beton AG. Der effektive Bau der Erschliessungsstrasse startet Mitte Mai. So muss beispielsweise ein Waldstück gerodet und die Hardstrasse ab dem Abzweiger Zelgli durch den Wald hinauf ausgebaut und verbreitert werden. Nach den Sommerferien sollen dann die ersten Flächen für den Kiesabbau vorbereitet werden.

«Die geologischen Untersuchungen haben gezeigt, dass ein Start des Kiesabbaus im Norden



Im Gebiet Hard-Härdli entsteht eine Kiesgrube. Bild: V. Hehli (21. 9. 2021)

des Härdli sinnvoll ist», heisst es in der Mitteilung weiter. «Hier ist die Deckschicht bis zum Kies am geringsten, dementsprechend fällt hier weniger Bodenmaterial an, das zwischengelagert werden muss.» Die so eingesparte Fläche stehe der Landwirtschaft zur Verfügung.

Im Vollbetrieb, also wenn zum Kiesabbau gleichzeitig die Auffüllung stattfindet, erhält die

Ortsbürgergemeinde Klingnau als Grundeigentümerin rund 500 000 Franken Entschädigung pro Jahr. In den ersten Jahren muss aber mit deutlich weniger gerechnet werden.

Noch offen ist, wo das geplante Kieswerk zu stehen kommt. Das Döttinger Unternehmen muss dem Kanton diesbezüglich bis in spätestens sieben Jahren einen Vorschlag prä-

sentieren – mit der Eingabe des zweiten Baugesuchs für die Etappen vier bis sechs. «Damit die Birchmeier Kies + Beton AG für den Bau des Kieswerks mehr Planungssicherheit erhält, wird gemeinsam mit den Ortsbürgern eine bestmögliche Lösung erarbeitet.»

Bis es so weit ist, wird das Kies von Klingnau zum Gebiet des zweiten Baugesuchs für die Etappen vier bis sechs. «Damit die Birchmeier Kies + Beton AG für den Bau des Kieswerks mehr Planungssicherheit erhält, wird gemeinsam mit den Ortsbürgern eine bestmögliche Lösung erarbeitet.»

In den nächsten Jahrzehnten wird die Birchmeier Kies + Beton AG, ein Tochterunternehmen der Birchmeier Gruppe, in Klingnau auf einer Fläche von 19 Hektaren Kies abbauen. Das Gesamtvolumen an verwendbarem Kies im Abbaugbiet Hard-Härdli beträgt gemäss Birchmeier rund sieben Millionen Kubikmeter. (sga)

Fusion: Bericht liegt vor

Vier Surbtaler Dörfer entscheiden im Juni über einen Kredit für die Prüfung eines Zusammenschlusses.

In Schneisingen, Lengnau, Endingen und Tegerfelden stimmt das Volk im Juni über ein zukunftsweisendes Projekt ab: den Projektierungskredit «Kompass Surbtal» für die Prüfung einer Fusion. Mit dem Projekt sollen zwei grundsätzliche Fragen beantwortet werden, wie es in einer Mitteilung heisst: Wollen die vier Dörfer als politische Gemeinde in die Zukunft gehen oder auf der bestehenden vertieften Zusammenarbeit weiterarbeiten? Um eine umfassende Informationsgrundlage zu erhalten, veröffentlichen die Gemeinden jetzt einen Grundlagenbericht.

«Mit dem Grundlagenbericht werden Zahlen, Daten und Fakten aller beteiligten Gemeinden publiziert», heisst es in der Mitteilung weiter. Er enthalte wertvolle Informationen, die viele Bürger oft nicht kennen würden. «Umfassend und detailliert wird die heutige Zusammenarbeit skizziert, die teilweise sehr pragmatisch, aber auch wieder komplex ist.» Alle Betei-

ligten hätten somit Zugang zu einer einheitlichen Grundlage und einem Gesamtüberblick. Gerade für die Entscheidungsfindung sei dies wichtig. Weiter dient der Bericht gemäss Mitteilung dem Projekt selbst als Informationsgrundlage. «Durch kann im Projekt über Inhalte gesprochen werden.» Der Bericht wurde von Gemeinderats- und Verwaltungsvertretungen erarbeitet.

Der Leitungsausschuss und die Gemeinden bereiten derzeit die Unterlagen für die Sommergemeinden im Juni vor. Der Bericht und seine Anhänge sind auf der Projekthomepage abrufbar. Auch wird er Bestandteil der ordentlichen Aktenaufgabe zu den Sommergemeinden sein. «Die Gemeinderäte sind motiviert, eine Fusionsüberprüfung zusammen mit der Bevölkerung anzupacken und in die nächste Phase dieses spannenden Prozesses einzusteigen», heisst es in der Mitteilung. Sie würden auf eine grosse Beteiligung der Bevölkerung hoffen. (az)